



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 05.11.2012

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Dr. Compter  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Heinkele  
Herr Stadtrat Walter

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

Herr Braith, Gebäudemanagement  
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Dangel, Gebäudemanagement  
Herr Dobler, Baubetriebsamt  
Frau Markieton, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg  
Herr Merkle, Baubetriebsamt  
Herr Walz, Gebäudemanagement

Gäste:

Herr Fetzer

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Erlass eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Für die Erstellung eines Biomassehofes mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" im Bereich Galleskreuzäcker im Ortsteil Rißegg - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB -	168/2012
2.	Ersatzbeschaffung eines kommunalen Kleingeräteträgers mit Anbaugeräten für Straßenreinigung, Grünpflege und Winterdienst - Vergabe nach öffentlicher Ausschreibung	172/2012
3.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Straße/ Laurenbühlweg" - Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB sowie nach § 74 LBO -	170/2012
4.	Neubau Kindergarten Talfeld Außerplanmäßige Bewilligung	166/2012
5.	Informationen	
5.1.	Energiebericht der Stadt Biberach 2011	174/2012
5.2.	Baumfällungen aus bautechnischen Gründen und grundlegenden Sanierungen von Grünflächen	173/2012
6.	Bekanntgaben	
7.	Verschiedenes	
7.1.	Verschiedenes: Taxiversorgung in Biberach	
7.2.	Verschiedenes: Straßenbauliste des Landes - Ortsumfahrung Mettenberg (L280)	
7.3.	Verschiedenes: Vorstellung des Energieberichts	
7.4.	Verschiedenes: Sanierung der Hardtsteigstraße sowie der Wie-landstraße	

Die Mitglieder wurden am 25.10.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 31.10.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1 Erlass eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Für die Erstellung eines Biomassehofes mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" im Bereich Galleskreuzäcker im Ortsteil Rißegg - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB -**

**168/2012**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 168/2012 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Verwaltung habe Wert darauf gelegt, das Vorhaben vor Einleitung eines konkreten Verfahrens zunächst mit der Ortschaft abzustimmen. Der geplante Biomassehof sei daher zunächst in öffentlicher Sitzung im Ortschaftsrat beraten worden und grundsätzlich auf positive Resonanz gestoßen. Aufgrund der großen Mehrheit im Ortschaftsrat werde für das Projekt nun das erforderliche Bebauungsplanverfahren eingeleitet.

Herr Fetzer, der Planer des Bauvorhabens, stellt das Projekt, die einzelnen Anlagenteile und deren Funktionsweise im Detail vor (siehe **Anlage**). Er lässt wissen, dass von den ursprünglich 5 Standortvarianten in natur- und immissionsschutzrechtlicher Hinsicht 3 Varianten denkbar seien. Entschieden habe sich der Eigentümer für den Standort an der nordwestlichen Ecke seines Anwesens, so dass die Hofstelle selbst noch als Sicht- bzw. Immissionsschutz zur Ortschaft hin diene. Er betont, dass die Vergärungs- und Kompostierungsanlage im optimierten Zustand ausschließlich mit biogenen Reststoffen und damit vollkommen ohne landwirtschaftliche Produkte wie Mais betrieben werden solle. Eine entsprechende Absichtserklärung habe der Eigentümer abgegeben. Zwar werde sich das Verkehrsaufkommen insgesamt erhöhen, aufgrund der zusätzlichen Öffnungszeiten (4 statt wie bisher 2 Öffnungstage/Woche) sei jedoch lediglich mit 113 Fahrzeugen statt den bisherigen 121 Fahrzeugen pro Tag zu rechnen.

StR Kolesch begrüßt die Energiegewinnung aus Abfallprodukten und spricht sich dafür aus, möglichst wenig Rohstoffe beizusetzen. Wünschenswert wäre zudem, dass die entstehende Abwärme vollständig verwertet wird. Er dankt für die vorausgegangene Bürgerinformation und weist darauf hin, dass mit dem Aufstellungsbeschluss das Verfahren offiziell eingeleitet werde. Damit hätten nun alle Anlieger Gelegenheit, zu der Planung Stellung zu nehmen. Das Anschreiben der Anlieger, welches allen Fraktionen vorliege, bittet er als Stellungnahme zum Verfahren zu werten. Nach Auskunft von StR Abele, der ganz in der Nähe in Rißegg wohne, gehe von dem Anwesen Zell derzeit keine nennenswerte Geruchsbelästigung für das Wohngebiet aus. Größtes Problem, das es auszuräumen gelte, sei der Verkehr, der aus Biberach kommend oft mit überhöhter Geschwindigkeit in die Ortschaft fahre. In diesem Zusammenhang regt er dringend an, den Ortsetter bis auf die Höhe der tatsächlichen Bebauung zu erweitern. Zwar falle die Straßenbaulast für den Bereich damit an die Stadt, gleichzeitig ergebe sich hierdurch aber auch die Möglichkeit, durch eine Verengung der Ortseinfahrt oder ähnliche Maßnahmen die Geschwindigkeit ankommender Fahrzeuge zu reduzieren.

StRin Kübler stellt fest, dass sich der Ortschaftsrat bereits intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und dem Vorhaben bei nur 1 Gegenstimme mit großer Mehrheit zugestimmt habe. Im Hinblick auf den nah gelegenen Ortsrand befürwortet sie die frühzeitige Einbindung der Bürger, dank der Konflikte rechtzeitig erkannt bzw. weitgehend ausgeschlossen werden könnten. Die geplante Anlage diene der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung und fördere – nachdem man ohne den

Einsatz von Mais auskommen wolle – auch keine Monokulturen. Sie hoffe zudem, dass die Abwärme, die durch die Anlage entsteht, vollständig genutzt werden kann. Für problematisch hält sie dagegen die durch das Vorhaben bedingten, verkehrlichen Auswirkungen. Auch werde das geplante Wohngebiet "Kapellenäcker" dem Biomassehof – und damit den von den Gärresten bzw. den Silos ausgehenden Gerüchen - recht nah kommen. Darüber hinaus handle es sich bei dem Gebiet entsprechend den Einwendern um das einzige Naherholungsgebiet rundum. Nachdem die Vorteile für die Umwelt jedoch überwiegen würden, stimme die SPD-Fraktion dem Aufstellungsbeschluss zu und werde das Verfahren positiv, aber kritisch begleiten.

StR Heinkele pflichtet seinen Vorrednern bei und begrüßt den geplanten, kompletten Verzicht auf die Zugabe von Rohstoffen wie Mais. Er stellt fest, dass die von der Rindenmooser Straße abzweigende Zufahrt nicht für das zu erwartende Verkehrsaufkommen ausgelegt sei und hier ein Straßenausbau nötig werde. Ihn interessiert zudem, ob eine Explosionsgefahr der Anlage ausgeschlossen werden könne.

StR Weber dankt für die von Beginn an transparente Behandlung des Themas und lässt wissen, dass es sich bei der geplanten "Trockenfermentation" um die erste derartige Anlage im Landkreis Biberach handeln würde. Er begrüßt das Projekt, würde jedoch kleineren, dezentralen Anlagen den Vorzug geben. Die energetische Verwertung von Reststoffen wie Rasenschnitt etc. komme der Natur zugute und sei daher von grundlegender Bedeutung. Zu beachten sei bei derartigen Vorhaben, dass nicht zu viele Gärreste auf den Feldern des Eigentümers ausgebracht und diese dadurch überdüngt werden. Er plädiert für eine Nutzung der Abwärme durch die Schule oder die Turnhalle in Rißegg und erkundigt sich nach der Verweildauer des Gärsubstrats in den Behältern. Aus seiner Sicht wäre es ein tolles Zeichen, wenn die Anlage entgegen dem ungunstigen Trend ohne eine Maisnutzung auskommen würde.

StR Braig merkt an, insbesondere die Frage der Verkehrsplanung gelte es im Zuge des Bebauungsplanverfahrens zu lösen.

StR Heinkele erkundigt sich, ob die aus Immissionsschutzgründen ausgeschlossene Standortvariante 1 und der nun ausgewählte Standort sich hinsichtlich der Geruchsbelästigung tatsächlich gravierend unterscheiden.

OV Meier lässt wissen, der Ortschaftsrat habe sich in insgesamt 4 Sitzungen seit Anfang des Jahres bereits intensiv mit dem geplanten Vorhaben befasst. Bei der Besichtigung einer entsprechenden Anlage habe man festgestellt, dass von dieser – selbst Innerorts – so gut wie keine wahrnehmbare Geruchsbelästigung ausgehe. Von den ursprünglich 5 Standortvarianten seien 2 aufgrund der Lage im Landschaftsschutzgebiet auszuschließen gewesen. Die Standortvariante 5 biete den Vorteil einer zusätzlichen Abschirmung für das Baugebiet "Kapellenäcker" durch die bestehenden Gebäude des Anwesens Zell. Er betont, dass es sich um ein privilegiertes und damit ohne Weiteres zulässiges Vorhaben handeln würde, sofern ausschließlich landwirtschaftliche Produkte in die Anlage eingebracht würden. Aufgrund des mit dem Vorhaben einhergehenden Verkehrsaufkommens hält er verkehrsregelnde Maßnahmen, eventuell sogar die Ausweisung einer Zone 30 für den Anlieferverkehr, für erforderlich. Zur besseren Einbindung in das Landschaftsbild sei die Anlage zudem zu begrünen.

BM Kuhlmann informiert die Gäste der Bauausschusssitzung darüber, dass man ganz am Anfang des nötigen Bebauungsplanverfahrens stehe. In diesem Zuge werde unter Anderem auch eine öffentliche Bürgerbeteiligung stattfinden und ein Geruchsgutachten erstellt. Bezüglich des LKW-Verkehrs in Rißegg und Rindenmoos werde man mit dem Ordnungsamt im Zuge des Verfahrens mögliche verkehrsrechtliche Maßnahmen prüfen. In diesem Zusammenhang hält er auch eine Ausweitung des Ortsetters, die von der Stadt bereits seit geraumer Zeit angestrebt werde, für wichtig. Zwar würde sich die Unterhaltungspflicht der Stadt dadurch erweitern, gleichzeitig habe man dann jedoch Einfluss auf die Ausgestaltung der Ortseinfahrten.

Herr Fetzer erläutert zur Frage des Explosionsschutzes, man arbeite bereits im Vorfeld eng mit dem TÜV zusammen und lege viel Wert auf die Sicherheit der Anlage. Als Beispiel nennt er den Einbau einer Über-/Unterdrucksicherung für den Fall, dass sowohl das Blockheizkraftwerk als auch die Biofackel ausfallen sollten. Zudem werde eine Sicherheitszone um die Anlage eingerichtet, in der keine elektrischen Anlagen installiert werden dürfen. Die Verweildauer für feste Stoffe betrage 35 Tage, für den flüssigen Anteil 150 Tage. Das verwertete Material werde zunächst in der Trocknungsbox und nach 1 bis 2 Wochen in der Nachrotte gelagert. Er lässt wissen, dass man den Standort 1 wegen der Lage des Wohngebiets in der Hauptwindrichtung der geplanten Anlage (Südwest) nicht weiterverfolgt habe. Beim geplanten Standort 5 liege die Hauptfahne außerhalb der Ortschaft. Die gesetzlichen Vorgaben zu den Hygienevorschriften für Gärreste würden eingehalten und im Zuge des erforderlichen, immissionsschutzrechtlichen Verfahrens für die Anlage geprüft bzw. sichergestellt.

Im Hinblick auf die anwesenden Gäste lässt BM Kuhlmann wissen, im Rahmen der anstehenden Bürgerbeteiligung habe jeder Gelegenheit, die Planvorlagen - u. a. auch das Geruchsgutachten einzusehen und sich zu dem Bebauungsplan zu äußern. Er merkt an, der Bebauungsplan diene dazu, die planungsrechtliche Grundlage für das Vorhaben zu schaffen. Für die notwendige immissionsschutzrechtliche Genehmigung des konkreten Vorhabens selbst sei das Landratsamt Biberach zuständig.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 172/2012 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch stellt fest, dass die bei der Bewertung der eingegangenen Angebote vergebenen Punktezahlen sehr dicht beieinander lägen. Er signalisiert seine Zustimmung daher unter dem Vorbehalt, dass die Fragen der CDU-Fraktion im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (Drucksache Nr. 171/2012) zufriedenstellend beantwortet werden können. Der Bedarf des Kleingeräteträgers stehe außer Frage.

StR Nuding signalisiert seine Zustimmung ebenfalls unter dem Vorbehalt der Beratung im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung. Er erkundigt sich, weshalb ein Fahrzeug des Baujahrs 1998 bereits ersetzt werden müsse, vermutet jedoch, dass weitergehende Anforderungen die Neuanschaffung erfordern. Ihn interessiert, ob das zunehmend an Bedeutung gewinnende "Rebuilding" hier Anwendung finden könne und was aus dem alten Geräteträger wird. Er möchte zudem wissen, ob den Bietern die Bewertungskriterien für die Vergabe des Auftrags bekannt waren.

StR Heinkele schließt sich seinem Vorredner an.

StR Weber stellt fest, dass beim Neukauf eines Fahrzeugs bzw. eines Gerätes eine auf Dauer stimmige Nutzung ausschlaggebend sei und stimmt dem Beschlussantrag zu.

Herr Merkle lässt wissen, die Wiederbeschaffung werde aus technischen Gründen notwendig. Das 15jährige Fahrzeug weise bereits deutliche Korrosionsschäden auf und sei reparaturanfällig. Die Wiederbeschaffung habe damit wirtschaftliche Gründe. Das Thema "Rebuilding" sei ihm bekannt – die Wiederherstellung des Geräteträgers jedoch mit einem immensen Aufwand verbunden. Zudem biete ein neues Gerät im Vergleich zu dem 15jährigen Fahrzeug bessere Standards (z. B. Rußpartikelfilter etc.). Das Altgerät werde wie üblich zum Verkauf ausgeschrieben. Zur Vergabe lässt er wissen, entsprechend der VOL sei ein sehr ausführliches, 13-seitiges Leistungsverzeichnis erstellt worden, wobei 10% der Anforderungen als Ausschlusskriterien formuliert wurden. Die Ausschreibung erfolgte baden-württemberg - und bayernweit.

**Ohne weitere Aussprache beschließt der Bauausschuss unter dem Vorbehalt weiterer Informationen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung einstimmig wie folgt:**

**Der Auftragserteilung an die Fa. Bertsche, Bräunlingen für die Beschaffung eines kommunalen Kleingeräteträgers mit Anbaugeräten für die Straßenreinigung, Grünpflege und Winterdienst wird zugestimmt. Die Auftragssumme wird in nicht öffentlicher Vorlage erläutert.**

**TOP 3      Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Straße/Laurenbühlweg"**  
**- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB sowie nach § 74 LBO -**

**170/2012**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 170/2012 zur Vorberatung vor.

**Ohne Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**



Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 166/2012 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann schickt voraus, die Mittel betreffen vorbereitende Maßnahmen für den Kindergarten "Talfeld", die im Zuge des Neubaus der Kinderkrippe ausgeführt wurden. Die entsprechenden Kosten seien daher nicht dem Hospital als Träger der Kinderkrippe, sondern der Stadt zuzuordnen.

StRin Kübler erkundigt sich nach dem Zeithorizont für den Kindergartenneubau bzw. nach dem aktuellen Planungsstand.

BM Kuhlmann lässt wissen, das Amt für Bildung, Betreuung und Sport sei mitten im Planungsprozess, die Trägerschaft jedoch noch unklar. Er könne daher noch keine Aussage zum Zeitpunkt des Baubeginns treffen.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden**

**Beschluss:**

**Auf HH-Stelle 2.4642.940000.6-100 werden außerplanmäßig 35.000,-- € für vorbereitende Maßnahmen Erschließung und Außenanlagen bereitgestellt.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 174/2012 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Walz geht nochmals auf die Kernpunkte und Ziele des Energieberichts ein.

StR Kolesch bedankt sich für den Bericht und begrüßt die Informierung des Gremiums im 2jährigen Turnus. Er stellt fest, dass es sich bei den durchgeführten Wärmedämmmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden um eine effiziente Möglichkeit der Energieeinsparung und damit der CO<sub>2</sub>-Reduzierung handle. Insoweit unterstütze er das Ziel einer weiterführenden, konsequenten Sanierung des städtischen Gebäudebestandes. Hierbei gelte die Prämisse, im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets lieber einen guten Standard an vielen Gebäuden, als einen optimalen Standard an nur einem Gebäude zu erreichen. Auch eine entsprechende Schulung der Hausmeister ist aus seiner Sicht ein Kernpunkt für die Reduzierung des Energiebedarfs. Er erkundigt sich, weshalb durch die Wärmedämmmaßnahmen an der Grundschule Ringschnait nur eine mäßige Reduzierung des Energiebedarfs erzielt wurde und wünscht sich bei der im Energiebericht dargestellten Preisentwicklung der einzelnen Energieträger (Pellets, Heizöl etc.) den in der Präsentation hinterlegten Index. Grund für den Anstieg der Wassergebühren sei die gesplittete Abwassergebühr - dass diese die Stadt Biberach jedoch so gravierend trifft, habe er nicht erwartet. Herrn Walz bittet er noch um ein Fazit zu der lange kontrovers diskutierten zusätzlichen Technikerstelle für das Gebäudemanagement.

StR Nuding merkt an, der deutliche Rückgang der Energiekosten sei dem Verhandlungsgeschick der Verwaltung bzw. den durchgeführten Sanierungsmaßnahmen zu verdanken. Er unterstützt die konsequente Fortführung von Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden entsprechend dem Leitgedanken des "Energy Awards" als auch die geplante 2jährige Berichterstattung im Gremium. Die gesetzliche Änderung bei der Bemessung der Wassergebühren hält er für richtig, wundert sich jedoch über die Verdreifachung des Wasserverbrauchs im Rathaus Biberach gegenüber 2011.

StR Zügel lobt die Inhalte des Energieberichts, stellt jedoch fest, dass dieser keinen Überblick über die Amortisation der durchgeführten Maßnahmen geben könne. Insbesondere die Sanierung der Stadthalle sowie des JUKS-Gebäudes sei mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand verbunden gewesen. Bei diesen Maßnahmen würde eine Amortisationsberechnung voraussichtlich zu anderen Erkenntnissen führen. Er regt an, den Stadträten den 4. Teil des Energieberichts nur noch in digitaler Form zur Verfügung zu stellen, um so etwas Papier einzusparen. Für erfreulich hält er die relativ geringen Heizkosten der Ortsverwaltung Mettenberg. Auffallend sei zudem der hohe Wasserverbrauch der Grundschule Mettenberg als auch des Komödienhauses.

StRin Sonntag stellt fest, dass schon viel erreicht sei, jedoch auch noch sehr viel Potenzial für die Senkung der Energiekosten bestehe. Für äußerst wichtig hält sie hierbei die Hausmeisterschulungen. Insbesondere gelte es, den Stromverbrauch noch deutlich zu senken. Um die Auswirkungen zu verdeutlichen, begrüßt sie die im Energiebericht angegebene Kennzahl des mit dem Stromverbrauch verbundenen radioaktiven Abfalls. Sie erkundigt sich nach den Gründen für den signifikanten Anstieg des Stromverbrauchs der Gaisental-Grundschule im Jahr 2011.

StR Braig moniert, dass anstelle der Sanierung des städtischen Gebäudebestands immer mehr Neubauten errichtet würden. So lasse sich eine dauerhafte Kosteneinsparung nicht erreichen. Er lässt wissen, dass vom städtischen Hochbauamt jeweils eine Vorlage zur Amortisation der einzelnen Maßnahmen erstellt werde, die als Entscheidungsgrundlage diene.

BM Kuhlmann befürwortet die künftige Bereitstellung der Einzelberichte in digitaler Form.

Herr Walz lässt wissen, die Gründe für die nur moderate Energieeinsparung bei der Grundschule Ringschnait seien noch unklar – dieses Thema werde derzeit aufgearbeitet. Die Einführung der Niederschlagswassergebühr habe die Stadt stark getroffen, da sowohl die Schulen als auch der Bauhof über immense befestigte Flächen verfügen würden. Auch er hält die Hausmeister-schulungen für ein bedeutendes Element der Energieeinsparung. Die zusätzliche Stelle für einen Energiemanager habe sich allein schon durch dessen erstes Projekt – die Stadthalle – refinanziert. Nächster Schwerpunkt werde die Federführung für die Lüftungs- bzw. Energieanlagen des RBZ bilden. Hierdurch werde sichergestellt, dass nicht nur leistungsfähige, sondern auch funktionsfähige Anlagen gewählt werden. Er lässt wissen, dass in Zusammenarbeit mit der Energieagentur ein Gebäudesanierungskataster aufgestellt werde, welches die Amortisation der Gebäudesanierungsmaßnahmen darstelle. Der Entwurf des Katasters liege ihm bereits vor – die Amortisationszeit bei Gebäudesanierungen betrage danach zwischen 40 und 50 Jahren. Bei der Berechnung der Amortisationszeit stelle sich immer die Frage, welche Kosten konkret einbezogen werden müssten. Grundsätzlich halte er eine Sanierung bei alten Gebäuden für sinnvoll, bei neueren Gebäuden gelte es eher abzuwarten. Grund für die geringen Energiekosten der Ortsverwaltung Mettenberg seien die am Gebäude durchgeführten Wärmedämmmaßnahmen. Für den hohen Wasserverbrauch im Komödienhaus sei ein Wasserverlust in der Toilette verantwortlich, der über lange Zeit nicht entdeckt wurde. Eine deutliche Reduzierung des Stromverbrauchs sei zwar wünschenswert, jedoch kaum zu erzielen. Zum Einen würden Wärmedämmmaßnahmen nach heutigem Standard entsprechende, strombetriebene Be- und Entlüftungsanlagen bedingen, zum Anderen spiele in den Schulen die Technik (Beamer, Computer etc.) eine immer bedeutendere Rolle. Für den deutlichen Anstieg des Stromverbrauchs in der Gaisental-Grundschule sei die Abrechnung der Baustelle maßgeblich mitverantwortlich. Der hohe Wasserverbrauch des Rathauses sei auch dem Gebäudemanagement aufgefallen – hierum werde man sich kümmern. Er **sagt zu**, die Beantwortung der von StR Kolesch und StR Nuding gestellten Fragen nachzureichen.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 173/2012 zur Kenntnisnahme vor.

StR Keil merkt zur geplanten Bepflanzung des Grünstreifens entlang der Waldseer Straße an, dass die Früchte der Zierkirsche im Herbst zu einer Rutschgefahr auf dem anliegenden Geh- und Radweg führen könnten. Er spricht sich stattdessen für die Pflanzung der historisch vorhandenen Birken aus.

BM Kuhlmann weist darauf hin, dass bei der Pflanzenauswahl insbesondere deren Stressresistenz zu berücksichtigen sei. Ein Großteil der heimischen Bäume würde an viel befahrenen Straßenzügen nicht gedeihen.

StR Deeng regt an, die Aktion "blühender Landkreis" auch in Biberach einzuführen.

BM Kuhlmann **sagt zu**, diese Bitte an Frau Christ weiterzuleiten.

StRin Sonntag hält die Aufwertung des Grünstreifens entlang der Waldseer Straße insbesondere auch für die Bewohner des Bürgerheims für wichtig. Sie lässt wissen, dass die gewählte Kirschenart keine Früchte trage.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

## TOP 7.1 Verschiedenes: Taxiversorgung in Biberach

StR Kolesch bezieht sich auf den Überfall im Bereich des Stadtfriedhofs und stellt fest, dass es in Biberach wohl schwierig sei, zu später Stunde ein Taxi zu bekommen. Auf dieses Problem sei die CDU-Fraktion von verschiedenen Biberacher Wirten angesprochen worden. Er bittet die Verwaltung, sich des Problems anzunehmen und erkundigt sich nach den Handlungsmöglichkeiten.

BM Kuhlmann lässt wissen, er habe darüber schon mit dem Ordnungsamt gesprochen. Die Stadt habe hier so gut wie keine Eingriffsmöglichkeiten. Er **sagt** dem Bauausschuss eine Stellungnahme des Ordnungsamtes zur rechtlichen Situation und den Handlungsmöglichkeiten **zu**.

**TOP 7.2    Verschiedenes: Straßenbauliste des Landes - Ortsumfahrung  
Mettenberg (L280)**

StR Kolesch verweist auf den diesbezüglichen Bericht in der Schwäbischen Zeitung. Entsprechend der Stellungnahme des Regionalverbands sei die Ortsumfahrung Mettenberg (L280) aus der Straßenbauliste des Landes entfallen. Er bittet die Verwaltung darum, alles Notwendige in die Wege zu leiten, um die Wiederaufnahme der Ortsumfahrung Mettenberg in die Straßenbauliste zu erreichen.

BM Kuhlmann **sagt dies zu.**

### TOP 7.3    **Verschiedenes: Vorstellung des Energieberichts**

StR Zügel stellt fest, dass der Energiebericht sowohl im Bauausschuss als auch im Hauptausschuss in öffentlicher Sitzung beraten wird und hält diese doppelte öffentliche Beratung für unzumutbar.

BM Kuhlmann merkt an, der Bericht betreffe sowohl technische als auch finanzielle Themen und könne daher keinem Ausschuss vorenthalten werden. Auf die Beratung im Bauausschuss könnten die Fraktionen im Hauptausschuss selbstverständlich Bezug nehmen.

#### **TOP 7.4    Verschiedenes: Sanierung der Hardtsteigstraße sowie der Wielandstraße**

StR Weber weist auf den schlechten Zustand der Hardtsteigstraße sowie der Wielandstraße im Bereich der Pflugschule bzw. des Katholischen Friedhofs hin.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Wielandstraße sei entsprechend dem Straßenkataster im kommenden Jahr zur Sanierung vorgesehen. Auch der Zustand der Hardtsteigstraße sei bekannt – hier seien vor der Sanierung jedoch noch komplexe erschließungsbeitragsrechtliche Fragen zu klären.



**Bauausschuss, 05.11.2012, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann

Stadtrat: ..... Keil

Stadtrat: ..... Pfender

Schriftführerin: ..... Markieton

Gesehen: ..... OB Zeidler

Gesehen: ..... EBM Wersch